

Der Arzt und Anthropologe Alberto Pinzón Sánchez war ein enger persönlicher Freund des getöteten FARC-Oberkommandierenden Alfonso Cano. Er gehörte dem sog. „Rat der Notabeln“ an, der die Einhaltung der Vereinbarungen über die 2002 aufgehobene entmilitarisierte Zone überwachen sollte.

Pinzón ist Sympathisant der FARC, gehörte ihr aber nie als Mitglied an.

In einem im Exil dem Magazin EL ESPECTADOR vom 22.11.2014 gegebenen Interview nimmt Pinzón Stellung zur Rolle der FARC:

„Die FARC verändert sich wie auch das ganze Land“

Frage:

Sie gehörten der Kommission der Notabeln an, die während der Friedensverhandlungen der Regierung Pastrana mit der FARC gebildet wurde. Wie kam es dazu, dass Sie in dieses Gremium berufen wurden?

Antwort:

1967 begann ich, in der Universidad Nacional Anthropologie zu studieren. Danach graduierte ich in Medizin und erwarb mehrere Postgraduiertentitel, den letzten in Techniken der Konfliktlösung. Einer meiner Kommilitonen in Anthropologie war Guillermo Sáenz und mit ihm schloss ich Freundschaft....

F:

Ich darf Sie unterbrechen: Geht es um Guillermo Sáenz, der sich später Alfonso Cano nannte und Chef der FARC wurde?

A:

Richtig. Wir schlossen Freundschaft, nicht nur weil wir Studienkollegen waren, sondern auch, weil uns beide wichtige intellektuelle Fragen umtrieben.

Wir stimmten in politischen und historischen Fragen überein. Ein Thema, das wir am meisten miteinander teilten, waren Studien der marxistischen Literatur. Diesen Abschnitt meines Lebens erzähle ich in einem meiner Bücher, und darin berichte ich auch von meiner Freundschaft zu Guillermo.

F:

Wahrscheinlich war es Ihre Freundschaft mit Cano, die bewirkte, dass man annahm, sie gehörten der FARC an, als Sie in die Kommission der Notabeln eintraten.

A:

Was Sie erwähnen, könnte die Interpretation meiner Freundschaft zu Guillermo durch den militärischen Geheimdienst sein, aber ich gehörte nie der Guerrilla an. Was ich immer sagte und jetzt wiederhole ist, dass ich als Arzt das Ziel habe, Leben zu retten und nicht zu vernichten. Ich habe mich stets dem Kampf gegen Krankheit, Schmerz und Tod gewidmet. Wenn Sie mich jetzt aber fragen, ob ich intellektuelle Kommunikation mit Alfonso Cano unterhielt, dann antworte ich mit Ja, gewiss doch.

F:

Hat Ihr Postgraduierten-Titel in Konfliktlösung bei der Formulierung der Stellungnahmen für die Kommission geholfen, der Sie bis 2000 angehörten?

A:

Möglicherweise, denn meine Diplomarbeit handelt von der Suche nach Auswegen aus der Krise, in der Kolumbien sich damals befand. Damals glaubte ich noch wie viele Andere, dass es genüge einfach eine Verhandlung zwischen Regierung und Guerrilla, eine Position, die ich später änderte, als ich erkannte, dass das Problem viel komplexer ist und man dieses enge Schema verlassen und beginnen muss, an einer viel breiteren politischen Lösung zu arbeiten, wofür es Konsens, Dialog und Vereinbarungen geben muss.

F:

Damals hieß es, zwei der Mitglieder der Kommission gehörten zur Regierung und zwei zur Guerrilla. War das so?

A:

Schon sehr früh gab es Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit Pastrana wegen der Verpflichtungen, die er gegenüber Präsident Clinton eingegangen war. Pastrana verpflichtete sich 1999, den „Plan Colombia“ (Plan zur Verbindung von Entwicklungs- und Militärhilfe durch die USA, A.d.Ü.) umzusetzen. Für mich war diese Entscheidung unverständlich, weil dieser Plan auf einer einstimmigen Entscheidung von Demokraten und Republikanern im US-Kongress beruhte. Indem Pastrana die US-Hilfe akzeptierte, unterwarf er sich den USA. Um Ihre Frage zu beantworten: Die Entscheidung zur Bildung der Kommission der Notabeln entstand aus den Widersprüchlichkeiten, die sich in Caguán (frühere entmilitarisierte Zone, A.d.Ü.) zeigten. Aber es ist nicht sicher, ob sie aus je zwei Delegierten beider Seiten bestand, wie dies Carlos Castaño (früherer Chef der paramilitärischen rechten Milizen, A.d.Ü.) in seinem Buch „Mi confesión“ (=mein Geständnis) behauptete, in dem Moment, als die Verfolgung gegen mich begann und ich ins Exil gehen musste. Es war nicht so, dass man die Notabeln aus vielen Kandidaten aussuchte.

F:

Und wie war es dann?

A:

Am Verhandlungstisch in Caguán einigten sich die Verhandlungsparteien auf vier Personen. Den Mechanismus, nach dem das geschah, kenne ich nicht. Sie wählten einfach ein paar Namen aus: Vladimiro Naranjo (früherer Oberster Richter), Ana Mercedes Gómez, Carlos Lozano (Herausgeber des linken Politikmagazins Voz) und mich. Die Legitimation der Mitglieder der Kommission beruhte auf der Absprache zwischen Regierung und Guerrilla am Verhandlungstisch.

F:

Würde ich sagen, dass sowohl Sie als auch Carlos Lozano ausgewählt wurden als linkes Gegengewicht und dass Sie beide dazugehörten wegen Ihrer Nähe zum Kommunismus, ohne dass dies implizierte, diese sei illegal oder strafbar, läge ich dann richtig?

A:

Ich würde sagen, meine Ausrichtung ist eher marxistisch, demokratisch und progressiv als kommunistisch. Als ich für diese Kommission ausgewählt wurde, war das für mich eine Überraschung. Ich wurde nicht gefragt. Diese Nominierung muss mehr mit meiner akademischen Vorbildung zu tun gehabt haben als mit anderen Dingen. Aber ihr angehört zu haben, führte für mich zu Verfolgung und Exil, wie ich schon sagte. Als wir im September 2001 unseren Bericht mit unseren Schlussfolgerungen im Präsidentenpalast abgaben, geschah das nicht im Geheimen. Dort waren neben Friedenskommissar Camilo Gómez eine Vielzahl Berater des Präsidenten anwesend.

F:

Wieso waren Sie von da an in Lebensgefahr?

A:

Weil sofort die Drohungen begannen. Im Dezember kam es dann zu gefährlichen Situationen. Zum Beispiel, als ich mich eines Tages mit Carlos Lozano in der Redaktion von Voz treffen wollte, fand man dort einen Sprengkörper von einer Sprengkraft, der das ganze Viertel in die Luft gejagt hätte, wäre er explodiert.

F:

Wieviel Zeit verging, bis Sie das Land verlassen mussten?

A:

Das musste sofort geschehen und seitdem konnte ich nie zurückkehren. Ich habe seitdem Europa nicht mehr verlassen. Man hat gesehen, was mit Joaquín Becerra passierte, dem Direktor von ANNCOL (Nachrichtenagentur der FARC mit Sitz in Schweden, A.d.Ü.), der mit seinem schwedischen Pass nach Caracas reiste, um an einem Kongress teilzunehmen, der eine Falle war. Sie nahmen ihn fest und lieferten ihn an Kolumbien aus. Sie hielten ihn drei Jahre in Haft und ließen ihn dann frei, weil sie keine juristische Handhabe gegen ihn hatten.

F:

Sie schreiben regelmäßig eine Seite für ANNCOL, die angeblich nicht der FARC gehört, ihr aber nahesteht. Wie kam es dazu, dass Sie ständiger Mitarbeiter dieses Mediums wurden?

A:

Ich fing damit an, für Argenpress zu schreiben, ein digitales lateinamerikanisches Medium, als ich nach Europa gegangen war. Eines Tages erhielt ich die Anfrage, ob ich die Veröffentlichung meiner Artikel bei ANNCOL autorisiere. Ich sprach mit Herausgeber Joaquín Becerra, den ich von einem Treffen von Kolumbianern in Paris kannte. Das war 2002. Seitdem geht das, was ich für Argenpress schreibe, in Kopie an ANNCOL.

F:

Wenn man die Geschichte der FARC kennt, interessiert man sich dafür, wie es möglich war, dass nach wenigen Tagen nach einer schnellen Einigung mit den Garantiestaaten General Alzate freigelassen werden soll. Hat sich in dieser Organisation etwas geändert?

A.

Nach meiner Einschätzung gibt es heute andere Bedingungen im Land als früher, und ich fasse sie zusammen: Zuerst einmal haben die USA heute eine andere Motivation. Der Plan Colombia ist vorüber und der Kampf der USA gegen die Drogen ist als gescheitert anerkannt, also hat man keine Vorbehalte mehr gegen Abkommen. Zweitens gibt es heute einen großen Fortschritt in der Mobilisierung sozialer Bewegungen, die auf Erfüllung ihrer Forderungen dringen. Das gab es zur Zeit von Caguán nicht. Drittens wurde mit dem laufenden Verhandlungsprozess eine Explosion von Ideen ausgelöst, die die traditionellen und die alternativen Medien dazu veranlasst, einer breiten Diskussion Raum zu geben. Das alles geht über eine rein politische Diskussion hinaus.....

F:

Konkret, was modifiziert sich bei der FARC?

A:

Nicht nur bei ihr. Ich wiederhole, dass das ganze Land neue Konzepte annimmt und sein Blickfeld erweitert hat. Zum Beispiel tritt man bei den Forderungen der Opfer nicht einfach mit einem T-Shirt mit der Aufschrift „Ich bin Opfer der FARC“ oder „Ich bin Opfer des Staates“ auf. Es ist ein intellektuelles Phänomen, genau unter die Lupe zu nehmen, was geschah und welche Rechte die in Havanna anwesenden Opfer für sich in Anspruch nehmen. Ohne sie können keine Entscheidungen getroffen werden. Es ist auch nicht denkbar, dass eine Gruppe von Parlamentariern einfach ein Gesetz wie das über die Übergangsjustiz durchpaukt. Die Gesellschaft hat eine überraschende Dynamik angenommen und die Guerrilla, die Teil von ihr ist, nimmt an diesen Veränderungen teil. Vor zehn Jahren hätte die FARC angekündigt, sie werde General Alzate freilassen, wenn zuerst Simón Trinidad (an die USA ausgelieferter FARC-Kommandeur, A.d.Ü.) freigelassen werde. Heute zeigt sie, dass sie an Lösungen interessiert ist.

F:

Glauben Sie, dass die FARC von 2014 von der von 2000 oder 1990 unterscheidet, weil sie mehr politische Ausrichtung hat oder hängt sie sich einfach an neue Entwicklungen an?

A:

Ich halte das nicht für einen Bruch oder eine Distanzierung von der Vergangenheit, sondern für eine Entwicklung. Es gibt große Fortschritte in der Bewusstseinsbildung. Die politische Analyse ist entwickelter und erlaubt es ihr, Abstufungen zu erkennen. Man überwindet die Schwarz-Weiß-Sicht von früher. Und diese Veränderung, die bei den Rebellen stattfindet, erkennt man auch bei machen Journalisten, die meinungsbildend sind sowie bei der Regierung und der traditionellen Politik. Die Tatsache, dass Präsident Santos, der zum Innersten des Establishments zählt und der nicht zögerte, die Tötung von Alfonso Cano anzuordnen, hat erkannt, dass es ein interner Konflikt ist, den man überwinden muss, ist ein weiterer Beweis für den Fortschritt, den wir erleben. Trotz seiner permanenten Kommunikation mit dem State Department unterliegt Santos nicht der Bevormundung durch die USA, wie das bei Pastrana der Fall war.

F:

In einem Friedensprozess müssen beide Seiten Schuld zugeben. Welche Schuld trägt Ihrer Meinung nach die FARC?

A:

Wenn es zu einer politischen Lösung kommt und eine Phase des Nachkonflikts beginnt, müssen alle Kolumbianer, auch die Angehörigen der FARC, als Subjekte mit Rechten und Pflichten gelten. Der Begriff „Schuld“ gefällt mir nicht, weil er eine moralische oder religiöse Konnotation hat. Besser ist es, von der Anerkennung von Verantwortungen zu sprechen, und diese müssen anerkannt werden innerhalb eines Systems von Garantien, das als Lösung des Konflikts vereinbart werden muss.

F:

Eine Frage, die alle sich stellen: Sind in der FARC die Militaristen stärker als jene, die eine Verhandlungslösung anstreben?

A:

Nach dem, was bisher geschehen ist, zeigt sich die FARC monolithisch und strukturiert in ihren Erklärungen und Aktionen. Ich sehe keine Spaltung wie die von Ihnen angesprochene mit einem militaristischen und einem pazifistischen Flügel. In der Erklärung zu General Alzate hat der Block Iván Ríos zum Ausdruck gebracht, dass er unter dem Befehl des Oberkommandos steht, es also eine einzige Befehlslinie gibt.

F:

Falls es zu einem Friedensschluss kommt: Wie stellen Sie sich die Wandlung von Kämpfern der FARC in Zivilisten vor? Werden sie zu Abgeordneten, zu Staatsangestellten oder welchen Aktivitäten werden sie nachgehen?

A:

Ich sehe sie in einer Nachkonfliktphase als normale Bürger, die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens tätig sein können. Danach strebt eine politische Lösung. Ich sehe nicht, welche Einschränkungen sie unterliegen sollten. Sie werden klare Rechte und Pflichten haben müssen und werden sich an die neue Legalität zu halten haben, die aus einem Friedensschluss rührt.

F:

Glauben Sie, es wird möglich sein, dass einige der Verhandlungsführer oder Führungsoffiziere der FARC für einige Jahre ins Gefängnis gehen müssen, um den Vorschriften des Internationalen Rechts zu genügen, das Kolumbien unterzeichnet hat?

A:

Die FARC hat nicht gegen das Internationale Recht gekämpft, sondern gegen den Staat. Letzterer ist internationale Verpflichtungen eingegangen, nicht jedoch die FARC. Der Staat muss feststellen, und zwar nach einer breiten Diskussion mit den Aufständischen, wie die neue Legalität funktionieren soll. Wenn der Staat sagt: „Ich biete Euch an, wenn Ihr die Waffen niederlegt, dass Ihr Euch an der Politik beteiligen könnt“, dann fehlt es diesem Vorschlag an Realismus, weil er zwei Tatsachen außer Acht lässt: 1. Dass die FARC und die unbewaffneten Aufständischen-auch solche gibt es- seit jeher Politik gemacht haben, wobei es nichts zur Sache tut, dass es dabei nicht um Parlamentarismus und Wahlen ging und 2. Dass eine realistische Verhandlung auf strukturellen Reformen aufbauen muss, die das Land verlangt und die in einem Verfassungstext niedergelegt sein müssen. Das heißt, es geht hier nicht um Waffen gegen Politik, sondern um Waffen gegen Reformen, die durch eine Verfassungsgebende Versammlung validiert werden müssen.

F:

Haben Sie und Alfonso Cano Kontakt gehalten, nachdem er sich der Guerrilla angeschlossen hatte?

A:

Guillermo Sáenz schloss sein Studium der Anthropologie gleichzeitig mit mir ab. Zunächst war er dann Professor an verschiedenen Universitäten im Bereich Familienanthropologie, der ihm besonders lag. Seitdem hörten wir nie auf, Freunde zu sein, auch wenn wir uns nicht sahen. Einige Zeit danach kam Guillermo ins Gefängnis, weil in seiner Wohnung im Stadtteil Chapinero Waffen gefunden wurden. Als er seine Strafe abgesessen hatte und freikam, ging er in den Untergrund. In dieser Zeit verloren wir den Kontakt.....

F:

Aber Sie sagten, ihre Beziehung sei niemals abgebrochen.

A:

Das stimmt. Manchmal erhielt ich einen Brief, eine Notiz oder einen Zettel. Damals gab es ein Thema, das uns beide interessierte, nämlich die direkte Wahl der Bürgermeister durch die Bevölkerung(bis dahin wurden nur die Räte direkt gewählt, die Bürgermeister aber von den Gouverneuren der Departements ernannt, A.d.Ü.). Ich sandte ihm meine schriftlichen Ausführungen dazu und etwa einen Monat darauf kam von ihm eine Antwort oder eine andere Notiz. Also, wir hatten etwas Kontakt, aber das kann man weder als illegal bezeichnen, noch habe ich mich dadurch in einen Guerrillero verwandelt. Ich habe niemals einer bewaffneten Organisation angehört.